

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 185-2018
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2018.RRGR.549

Eingereicht am: 03.09.2018

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Schlup (Schüpfen, SVP) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: 06.09.2018

RRB-Nr.: vom
Direktion: Finanzdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Politische Ausgewogenheit bei der Vorteilsgewährung an politische Verbände

Der Regierungsrat wird wie folgt beauftragt:

1. Sämtliche Gewährungen finanzieller Vorteile (Staatsbeiträge, Steuerbefreiung, Vergünstigungen bei der Nutzung staatlicher Infrastruktur usw.) an politische Verbände sind aufzulisten und aufzutrennen in solche, die allgemein bzw. ohne Zweckbindung gewährt werden, und solche, die für eine konkrete, messbare Leistung erfolgen.
2. Es ist zu überprüfen, ob gestützt auf diese Auflistung je nach Sachgebiet (Wirtschaft, Umweltschutz, Migration usw.) eine Beeinflussung in eine bestimmte politische Richtung erfolgen könnte.
3. Steuerbefreiungen an Verbände mit ausschliesslich oder überwiegend politischen Zielsetzungen (zum Beispiel Dialog EMRK) sind sobald wie rechtlich möglich aufzuheben.

Begründung:

Wenn der Kanton Bern politische Verbände finanziell unterstützt – sei es durch Steuerbefreiungen oder auf andere Weise – ist für eine faire politische Kultur die Ausgewogenheit zentral – der Staat darf nicht eine bestimmte politische Richtung direkt oder indirekt finanziell begünstigen. Ob eine solche Ausgewogenheit heute gegeben ist, muss zumindest bezweifelt werden. Ein Blick auf das öffentliche Verzeichnis zu Steuerbefreiungen im Kanton Bern (abrufbar unter

www.taxinfo.sv.fin.be.ch/taxinfo/display/taxinfo/Vergabungsabzug) zeigt beispielsweise, dass darin auch mehrere progressiv-linke Organisationen ohne relevante gemeinnützige Tätigkeit bevorteilt werden. Erwähnt seien die «Erklärung von Bern» oder der Verein «Dialog EMRK» – letzterer ist einer der Hauptorganisatoren der Nein-Kampagne zur Selbstbestimmungsinitiative. Der Regierungsrat wird mit der vorliegenden Motion aufgefordert, einen Gesamtüberblick über finanzielle Vorteile zu liefern, so dass sich die Öffentlichkeit ein Bild machen kann, ob der Kanton ausgewogen finanzielle Vorteile an politische Organisationen gewährt. Diese Auflistung soll neben der Steuerbefreiung auch Staatsbeiträge umfassen – in letzterem Fall wird darzulegen sein, für welche Leistungen solche Beträge ausbezahlt werden, ob mithin konkrete Leistungen oder Tätigkeiten mehr allgemeiner Natur abgegolten werden.

Begründung der Dringlichkeit: Bereits die Beratung und Beantwortung der Motion im November wird für die Volksabstimmung im November 2018 (Selbstbestimmungsinitiative) von hoher Bedeutung sein, da Verbände, wie die in Ziffer 3 erwähnte Vereinigung «Dialog EMRK», vom Kanton mittels Steuerbefreiung bevorteilt werden.

Verteiler

- Grosser Rat